

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Die Regierung hält an der bisherigen Integrationspolitik mit EWR fest

Erstmals Durchführung einer Pressekonferenz unter Einbezug der regionalen Medien – Die Regierungsmitglieder stellten sich den Fragen der Journalisten

(G.M.) – Die Regierung hält weiterhin an ihrer Politik des EWR-Beitritts fest, die vorerst eine EG-Mitgliedschaft ausschliesst. Diese Aussage machte Regierungschef Hans Brunhart gestern vormittag an einer Pressekonferenz, zu der erstmals auch die Vertreter der regionalen Medien eingeladen waren. Weitere Themenbereiche, zu denen die fünf Regierungsmitglieder ihre Stellungnahmen abgeben konnten, betrafen die geplanten Rheinkraftwerke, «Radio Liechtenstein» und die Drogenpolitik.

Seit den siebziger Jahren, als der damalige Regierungschef Dr. Walter Kieber eine Öffnung der Informationspolitik herbeiführte, stellen sich die Mitglieder der Regierung in der Regel jeden Monat für die einheimischen Medien zu einer Fragestunde zur Verfügung. Erstmals nun wurde gestern eine Pressekonferenz unter Einbezug von Medienvertretern aus der Region, aus der schweizerischen und österreichischen Nachbarschaft, durchgeführt. Die regionale Zusammenarbeit erstreckte sich bereits über Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport, Bildung- und Gesundheitswesen, erklärte Regierungschef Hans Brunhart in seiner Einleitung, so dass sich auch eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Information aufdränge.

### Aussenpolitik im Mittelpunkt

Nachdem der Leiter des Presse- und Informationsamtes, Roland Büchel, die Struktur seiner Amtsstelle erläutert und einige Angaben zu einer Umstrukturierung gemacht hatte, stellten sich die fünf Regierungsmitglieder den Medienvertretern mit Hinweisen auf die von ihnen geführten Ressorts vor. In der nachfol-



Gestern führte die Regierung eine Pressekonferenz durch, an der auch die regionalen Medien eingeladen waren. Unser Bild zeigt die fünf Mitglieder der Regierung sowie Regierungsekretär Leonhard Vogt bei der Pressekonferenz im Schulungsraum im neuen Polizeigebäude in Vaduz.

genden Fragestunde stand die Aussenpolitik im Mittelpunkt, wobei sich die Medienvertreter der Region vor allem für die Position Liechtensteins im Integrationsgeschehen interessierten.

### Kein EG-Beitritt Liechtensteins

Regierungschef Hans Brunhart wiederholte in seinem aussenpolitischen Exkurs die Position der Regierung, vorerst den EWR-Vertrag anzustreben, aber von einer EG-Mitgliedschaft Abstand zu nehmen. Das EWR-Abkommen ermögliche

die Aufrechterhaltung des bisherigen Vertragsverhältnisses mit der Schweiz, betonte er und bezeichnete das EWR-Verhandlungsergebnis als eine tragfähige Grundlage für unser Land. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erläuterte die Haltung der Regierung, erst nach einer Abstimmung in der Schweiz eine Volksabstimmung durchzuführen. Um die Volksabstimmung zwischen dem mutmasslichen Abstimmungstermin am 6. Dezember in der Schweiz und dem vorgesehenen Inkrafttreten des EWR-

Vertrages am 1. Januar 1993 abhalten zu können, braucht es nach seinen Worten eine Änderung des Volksrechtgesetzes in bezug auf die Abstimmungsfristen.

### «Radio Liechtenstein»

Auch «Radio Liechtenstein» bzw. der Sendetermin für den liechtensteinischen Radiosender interessierte die regionalen Medienvertreter. Regierungsrat Wilfried Büchel gab zu verstehen, dass vorläufig kein Termin genannt werden könne, da

die Regierung noch nicht über alle Unterlagen der Konzessionswerber verfüge und zudem der Landtag die letzte Entscheidung über die Erteilung einer Konzession besitze. Sobald die eingeforderten Zusatzinformationen durch die Konzessionswerber eintreffen würden, erklärte Regierungsrat Büchel, werde die Regierung ihre Entscheidung fällen und dem Landtag den diesbezüglichen Antrag zukommen lassen.

### Drogenpolitik und Rheinkraftwerke

Die konservative Drogenpolitik der Regierung sowie die Haltung der Regierung gegenüber den Rheinkraftwerken waren weitere Stichworte an der Pressekonferenz. Regierungsrat Dr. Peter Wolff meinte, eine Änderung der bisherigen Drogenpolitik dränge sich nur auf, wenn die Alternative eine wesentliche Verbesserung der Situation bringen würde. Eine gewisse Liberalisierung ist mit der Abgabe von sterilen Spritzen durch Ärzte verbunden, doch bleibt die Strafbarkeit von Drogenkonsum und Drogenhandel bestehen. Energiepolitische Gründe, erklärte Regierungsrat René Ritter, würden die Regierung für die geplanten Rheinkraftwerke einnehmen, doch stünden diesen Erwägungen die Fragen der Ökologie gegenüber, ergänzte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, der ausserdem unterstrich, dass sich die Regierung bisher noch nie für oder gegen die Rheinkraftwerke ausgesprochen habe. Vorerst müssten alle aufgeworfenen Fragen im Rahmen des Umweltverträglichkeitsverfahrens abgeklärt werden.

Mehr über die regionale Medienkonferenz auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

## Katastrophenschutz – nach den Erdbeben aktueller geworden

Gestern trat das neue Katastrophenschutzgesetz in Kraft – Vorbereitungen über den Katastrophenschutz im Mittelpunkt des Gesetzes

(G.M.) – Mit den verschiedenen Erdbeben der letzten Zeit, die glücklicherweise keine grösseren Schäden verursachten und auch keine Menschen in Mitleidenschaft zogen, ist die Frage nach dem Katastrophenschutz wieder vermehrt ins Bewusstsein gerückt. Auch unser Land ist vor den Gewalten der Natur nicht sicher, obwohl Katastrophen unsere Breitengrade relativ selten heimsuchten in der Vergangenheit. Gestern ist das neue Gesetz über den Katastrophenschutz in Kraft getreten und hat damit unbeabsichtigt einen aktuellen Bezug erhalten.

«Dieses Gesetz bezweckt, die Bekämpfung von Katastrophen vorzubereiten, und in Katastrophenfällen die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben von Mensch und Tier zu schützen sowie wichtige öffentliche Dienste sicherzustellen und Sachwerte zu bewahren.» So lautet der Zweckartikel des neuen Gesetzes, dessen Zustandekommen vor den Erdbe-

ben nicht durchwegs verstanden wurde. Der Landtag hat die Regierungsvorlage jedoch eingehend beraten und einstimmig im März verabschiedet. «Land und Gemeinden müssen jederzeit damit rechnen», hatte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Landtag erklärt, «von Katastrophen verschiedenster Art getroffen zu werden.»

### Bekämpfung in den Gemeinden

Das neue Katastrophenschutzgesetz geht davon aus, dass die Bewältigung einer Katastrophe in den Gemeinden zu beginnen hat, weil die unmittelbar betroffene Bevölkerung zuerst reagiert. Der Landtag stimmte dem Regierungsvorschlag zu, dass in erster Linie die Gemeinden mit den eigenen Mitteln versuchen sollten, die Bedrohung abzuwenden oder einen eingetretenen Schaden zu bewältigen. Um eine Koordination der im eigenen Ermessen entscheidenden Gemeinden zu erreichen, wird nach dem neuen Gesetz ein Landesführungsstab bestellt, dem die einschlägigen Organisationen wie Zivilschutz, Landespolizei, Tiefbauamt und Vertreter der Gemeinden

angehören. Dieses Gremium hat die Regierung, die als oberste Katastrophenschutzbehörde fungiert, zu beraten, besitzt aber keine Entscheidungsbefugnisse.

### Alle zur Hilfe verpflichtet

Mit dem neuen Gesetz wird auch eine Hilfsverpflichtung gesetzlich verankert. Der entsprechende Gesetzesartikel lautet: «Jede im Alter von 18 bis 60 Jahren stehende Person ist verpflichtet, bei der Bekämpfung von Katastrophen und der unmittelbar anschliessenden, vorläufigen Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen Hilfe zu leisten, wenn sie dazu aufgefordert wird.» Die Hilfsverpflichtung erfasst somit Männer und Frauen, macht also keinen Unterschied nach dem Geschlecht. Zudem werden die Eigentümer, Besitzer und Halter von Fahrzeugen, Geräten und Gegenständen verpflichtet, die Inanspruchnahme dieser Hilfsmittel zu dulden.

### Änderungen gegenüber ursprünglichem Text

Der Landtag hat sich intensiv mit diesem neuen Gesetz auseinandergesetzt

und einige, zwar nicht schwerwiegende, aber doch bemerkenswerte Änderungen vorgenommen. Beispielsweise fand die Forderung des FBP-Abgeordneten Georg Schierscher, auch das Tier neben dem Menschen in den Zweckartikel aufzunehmen, schliesslich eine Entsprechung. Über Anregung des FBP-Abgeordneten Dr. Dieter Walch wurde bei der Hilfsverpflichtung für die Bevölkerung nicht nur das Mindestalter aufgenommen, sondern auch ein Höchstalter (60 Jahre) festgelegt.

Grosses Lob durch den Landtag konnten die bisher schon für den Katastrophenschutz tätigen Organisationen wie Rettungsdienst, Polizei, Feuerwehren, Samariter und Bergrettung entgegennehmen. Ihre ausgezeichnete Arbeit und ihre dauernde Bereitschaft sowie die regelmässige Übung von Ernstfällen setzen diese Organisationen in die Lage, die im Gesetz geforderten Aufgaben zu erfüllen, verlaute im Landtag. Der Aufbau der Katastrophenschutzorganisation in den Gemeinden und – übergeordnet – auf Landesebene kann auf diese Organisationen zurückgreifen.

## Rezession hielt auch anfangs 1992 an

Bern (AP) Die Schweizer Wirtschaft hat im ersten Quartal dieses Jahres einen weiteren Rückschlag erlitten. Nach Mitteilung des Bundesamts für Konjunkturforschung (BFK) vom Mittwoch ging das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal um 0,9 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahresquartal betrug die Abnahme 0,6 Prozent.

Das Bundesamt interpretiert die neuesten Zahlen als ein Verharren der Wirtschaft im konjunkturellen Wellental. Die Flaute habe sich zum Jahresbeginn fortgesetzt, wobei einer rückläufigen Inlandnachfrage eine kräftig expandierende Auslandnachfrage gegenüberstehe. Ein Blick auf die Entwicklung der Quartalswerte zeigt, dass es sich um den vierten aufeinanderfolgenden Rückschlag im Vorjahresvergleich handelt. Mit 0,6 Prozent war die Abnahme jedoch weniger stark als im Vorquartal (minus 1,0 Prozent).

Die realen Bauinvestitionen erlebten zum neunten aufeinanderfolgenden Mal einen Rückschlag, und zwar um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal.

RENOMMIERTESTEN  
ZWANZIG DER WELTWEIT

huber  
Schmidhauser & Huber

SCHWEIZER MARKENUHREN

EBEL  
les architectes du temps

## EG bestürzt über dänisches Nein zur Europäischen Union

Ausschluss Dänemarks aus der EG möglich – Auch in Frankreich Volksabstimmung angekündigt

Brüssel (spk/dpa) Die Führungsspitze der EG hat auf das Nein der Dänen zum Vertragswerk von Maastricht bestürzt geantwortet, zugleich aber ein deutliches Zeichen für das Festhalten an der Europäischen Union und der Währungsunion gegeben. Der portugiesische Aussenminister und derzeitige EG-Ratsvorsitzende schloss einen Ausschluss Dänemarks aus der EG nicht aus.

Dem Wunsch der dänischen Regierung nach einer Neuverhandlung der Verträge erteilte Pinheiro nach einer ersten Rücksprache mit den EG-Partnern eine deutliche Absage. Frankreichs Präsident Fra-

nois Mitterrand überraschte mit der Ankündigung, er wolle ebenfalls eine Volksabstimmung herbeiführen.

An einer Pressekonferenz sagte Pinheiro am Mittwoch in Brüssel, die elf EGLänder seien sich einig, auch ohne Dänemark den Vertrag von Maastricht für die Europäische Union zu verwirklichen.

Das hätten telefonische Gespräche mit seinen Amtskollegen ergeben. Am Donnerstag soll in Oslo eine Entscheidung gefällt werden. Auf Fragen, ob Dänemark als Folge seiner Ablehnung nicht aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden müsste, antwortete der Minister:

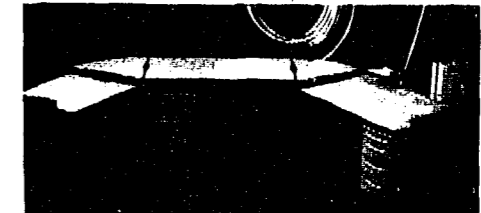
«Vielleicht.» Darüber müsse mit Dänemark und allen Partnern gesprochen werden.

### Knappes Nein

Kopenhagen (spk/dpa) Am Tag nach dem überraschenden Nein der dänischen Bevölkerung zur EG-Union herrschte am Mittwoch in Kopenhagen über die Folgen der Entscheidung weitgehende Ratlosigkeit.

Die Bevölkerung hatte mit einer knappen Mehrheit von 50,7 zu 49,3 Prozent Dänemarks Teilnahme an der 1991 beschlossenen Europäischen Union abgelehnt.

## STILO-COM



STILO-com, das neue modern office Programm.  
com = compact, kombinierbar, communicativ.  
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestatigen.  
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen.

THONY  
office

FL-9494 Schaan  
Bohnholstrasse 16  
Tel. 075-2 44 22